**OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE**

OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN
VON
LOTHAR GALL
KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP
HERMANN JAKOBS

BAND 39

VON DER
REFORMATION ZUM
WESTFÄLISCHEN
FRIEDEN

VON
ALFRED KOHLER

OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: hauser lacour, www.hauserlacour.de
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: le-tex publishing services GmbH, Leipzig
Druck und Bindung: Grafik+Druck GmbH München

ISBN 978-3-486-59803-2

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfasst die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfasst, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, dass sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, dass dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, dass dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutsame Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, dass auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Lothar Gall

Karl-Joachim Hölkeskamp

Hermann Jakobs

INHALT

Vorwort	XI
I. Darstellung	1
1. Einleitung	1
1.1 Zum Verständnis der Epoche	1
1.2 Europa im globalhistorischen Kontext	2
1.3 Staat und Staatensystem, Stereotypen und Propaganda	9
1.4 Wirtschaft und Gesellschaft	15
1.5 Kultur und Religion	20
2. Europa in der Epoche der Reformation	26
2.1 Die Anfänge der reformatorischen Bewegung: Martin Luther und Huldrych Zwingli	26
2.2 Der Beginn des Kampfes um die europäische Hegemonie	33
2.3 Vom Bauernkrieg zur landeskirchlichen und politischen Konsolidierung des Luthertums im Heiligen Römischen Reich	37
2.4 Die Ausbreitung der Reformation in Europa	44
2.5 Das Papsttum und die beginnende Erneuerung der katholischen Kirche	50
2.6 Die Monarchia universalis Karls V. zwischen Erfolg und Scheitern	53
2.7 Das Ergebnis: Politischer und kirchlicher Pluralismus im Heiligen Römischen Reich und in Europa	59
3. Die konfessionellen und politischen Konflikte in der Epoche des spanischen Universalreiches	66
3.1 Neue konfessionelle Kräfte: Calvinismus und tridentinische Reform	66
3.2 Die spanische Monarchie unter Philipp II.	70
3.3 Das Heilige Römische Reich im Zeichen des Augsburger Religionsfriedens	72
3.4 Die Hugenottenkriege bis zur Bartholomäusnacht und der Aufstand in den Niederlanden	76
3.5 Englands Entwicklung unter Elisabeth I. – Die Reformation in Schottland	81
3.6 Das Scheitern der Politik Philipps II. und der Aufstieg der Französischen Monarchie	84
3.7 Nord- und Osteuropa: Herrschaft über die Ostsee und Schwedens Aufstieg	88

4.	Der Dreißigjährige Krieg	94
4.1	Habsburg, das Heilige Römische Reich und Italien vor dem Dreißigjährigen Krieg: Krise und Polarisierung der Kräfte	94
4.2	Vom Aufstand in Böhmen zum Restitutionsedikt und zum Mantuaner Erbfolgekrieg	98
4.3	Die Fortsetzung des Krieges und der lange Weg zum Frieden	102
4.4	Der Westfälische Friede – Die Ergebnisse der Epoche und irreversible soziokulturelle Folgen	105
II.	Grundprobleme und Tendenzen der Forschung	111
1.	Fragen zur Epoche	111
2.	Europa zwischen Expansion und Bedrohung	114
3.	Entwicklung des frühneuzeitlichen Staates, Nationsbildung, Staatsräson	117
4.	Humanismus – Reformation – Konfessionalisierung	124
5.	Bauernkrieg, Revolten und bäuerliche Reformation	137
6.	Stadt und Reformation, Täuferbewegung	140
7.	<i>Monarchia universalis</i> und europäisches Staatensystem	143
8.	Kaiser, Reich und Territorien	153
9.	Papsttum – katholische Reform – Gegenreformation	159
10.	Die Reformation als Medienereignis und die Folgen	162
11.	Zur Problematik des Dreißigjährigen Krieges	167
12.	Die Bedeutung der Westfälischen Friedensverträge für Europa	176
III.	Quellen und Literatur	179
1.	Quellen	179
1.1	Heiliges Römisches Reich	179
1.2	England	184
1.3	Frankreich	184
1.4	Spanien	184
1.5	Italien	185
1.6	Quellen zur Kirchen- und Religionsgeschichte	185
1.7	Werkausgaben und Korrespondenzen	187
1.8	Europäische Expansion	190
2.	Darstellungen	191
2.1	Hilfsmittel, Epoche, Interpretation	191

2.2	Allgemeines: Reihenwerke und Handbücher	192
2.3	Allgemeines: Übergreifende Darstellungen und Sammelbände	193
2.4	Wirtschafts-, Sozial- und Verfassungsgeschichte	194
2.5	Kirchen- und Religionsgeschichte	197
2.6	Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte	204
2.7	Europäische Expansion	207
2.8	Heiliges Römisches Reich	208
2.9	Niederlande	221
2.10	England, Schottland und Irland	222
2.11	Frankreich	223
2.12	Spanien, Portugal	224
2.13	Italien	225
2.14	Eidgenossenschaft	225
2.15	Ungarn	226
2.16	Skandinavien	226
2.17	Polen-Litauen	226
2.18	Russland	227
2.19	Osmanisches Reich	227
Anhang		229
Abkürzungen		229
Zeittafel		230
Register		235
1. Personen- und geographisches Register		235
2. Sachregister		248

VORWORT

Der von Heinrich Lutz 1979 in erster Auflage publizierte Band 10 des „Oldenbourg Grundriss der Geschichte“ hat sich lange bewährt, auch wenn sich in den über drei Jahrzehnten nicht nur die Probleme und Perspektiven der Geschichtswissenschaft(en) sehr verändert haben, sondern natürlich auch die Forschungslage. Am Ende von fünf Auflagen, die das „Profil der 1970er Jahre“ nicht verleugnen konnten, war es nun aber nahe liegend, den Band völlig neu zu schreiben.

Heinrich Lutz war zweifellos einer der bedeutendsten Historiker des 20. Jahrhunderts. Aufgrund meiner langen Zusammenarbeit mit ihm bis zu seinem frühen und unerwarteten Tod im Jahr 1986 wird am vorliegenden neuen Band so manche Affinität und Ähnlichkeit in den Auffassungen erkennbar sein, dazu hat nicht zuletzt die jahrelange Betreuung des ursprünglichen Bandes beigetragen. Auch sollte das exzellente Werk von Heinrich Lutz nicht einfach der Vergessenheit anheimfallen. So wurden viele seiner unverwechselbaren und bis heute gültigen Ansichten rezipiert und teilweise auch in Form von Zitaten wörtlich belassen. Der Darstellungsteil ist ja auch in vieler Hinsicht nicht einfach als überholt zu bezeichnen. Hierbei fand ich es zweckmäßig und sinnvoll, die Gliederung von Heinrich Lutz nicht grundlegend zu verändern, sondern zu modifizieren. Auch wenn gerade hier das Werk von Lutz mit voller Absicht „durchschimmert“, d.h. in vielfacher Weise erkennbar ist, so ist meine Konzeption auch einer globalgeschichtlichen Perspektive verpflichtet; deshalb fühlt sich mein Band auch nicht an die „Epochengrenze“ von 1520 gebunden, die ja keine wirkliche ist, die jedoch das Werk von Heinrich Lutz gekennzeichnet hat. So schien mir ein punktueller Rückgriff auf Phänomene des 15. Jahrhunderts, wie der Beginn der europäischen Expansion, die für das 16. Jahrhundert von eminenter Bedeutung werden sollte, unabdingbar. Von besonderer Wichtigkeit erschien mir auch die Beschäftigung mit den bis heute zu wenig beachteten mediengeschichtlichen Aspekten der Reformation.

Teil II (Grundprobleme und Tendenzen der Forschung) musste schon deshalb ganz neu geschrieben werden, weil sich sowohl die „methodische Gewissheit“ der Geschichtswissenschaften seit der ersten Auflage des Grundrissbandes von Heinrich Lutz als auch die Forschungsleistungen fundamental zum Besseren geändert haben. Das Konstatieren einer Methodenkrise und eines Theoriedefizits der Geschichtswissenschaft (damals noch im Singular) in den 1970er Jahren ist mir noch deutlich vor Augen. Meines Erachtens ging es weit mehr um den Paradigmenwechsel von der politischen Geschichte zur Sozialgeschichte. Vor einigen Jahren wurde ein neuer Wechsel der Paradigmen vollzogen; nun stehen viele Forschungsansätze unter dem Paradigma der Kulturgeschichte und Kulturwissenschaften. Doch hat sich seit den 1970er Jahren auch die Entwicklung von *der* Geschichtswissenschaft zu *den* Geschichtswissenschaften vollzogen, was schon insofern von Bedeutung ist, als damit wohl eines signalisiert wird – jedenfalls

hoffe ich dies: dass es um die Methodenpluralität geht und nicht um die „Mission“ aller historischen Perspektiven und methodischen Zugangsweisen, die vom jeweils „aktuellen Paradigma“ ausgeht, wie dies in den 1970er Jahren sehr spürbar gewesen ist.

Die Herausgeber der „Grundriss“-Reihe haben keine speziellen inhaltlichen Vorgaben gemacht. Das ist für den Bandautor zweifellos von Vorteil, enthebt ihn jedoch nicht, zu seinem Zugang und seiner Schwerpunktsetzung Hinweise zu geben: Die konzeptionelle Grundstruktur fühlt sich der politisch-konfessionellen Thematik und der daraus entstehenden Konflikte sowie der staatlichen Entwicklung nach innen und außen verpflichtet. Der einleitende erste Teil nimmt diese Aspekte und Bereiche systematisch auf (Darstellung I.1); in den folgenden Teilen (I.2–I.4) werden diese vom Beginn der Reformation bis zu den Westfälischen Friedensverträgen anhand der Entwicklung im Einzelnen exemplifiziert und analysiert.

Weiterführende Gespräche und wertvolle Anregungen verdanke ich Friedrich von Waitz (Kassel), vielseitige Unterstützung meiner bewährten Mitarbeiterin Martina Fuchs (Wien). Meine Kollegin Marija Wakounig (Wien) am Wiener Institut für Osteuropäische Geschichte hat mir, wie immer, wertvolle Einsichten in die Geschichte Ost- und Südosteuropas vermittelt und mein Wissen einer wohlwollenden Überprüfung unterzogen. Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Anregungen, die ich der universitären Lehre verdanke. Sie haben mir vor allem jene Probleme vermittelt, die Studierende bei der Aneignung von Überblickswissen und Forschungsdiskussionen haben können. Dabei ist grundsätzlich zu bedenken, dass die gegenwärtigen soziokulturellen Entwicklungen unserer Gesellschaft Einblicke und Verständnis für die enge Beziehung zwischen Religion und Politik im 16. und 17. Jahrhundert eher erschweren, mit anderen Worten die Voraussetzungen von Kenntnissen heute weniger gegeben sind. Darauf habe ich in meinen Ausführungen zu reagieren versucht.

Dieses Buch widme ich Waltraud Lutz in aufrichtiger Dankbarkeit und langjähriger Verbundenheit.

Wien, im Oktober 2010

Alfred Kohler

I. Darstellung

1. EINLEITUNG

1.1 ZUM VERSTÄNDNIS DER EPOCHE

Seit einigen Jahren konzentrierten sich die europäischen Geschichtswissenschaften vermehrt auf europäische Perspektiven im Sinne einer Geschichte Europas; zahlreiche Werke gelten dieser Thematik. Dabei werden Fragen der Einheit und Vielfalt der europäischen Entwicklung nur selten hinreichend geklärt, ebenso die der regionalen Abgrenzung. Europa war seit Langem in einzelne politische Beziehungs- und Handlungsräume aufgegliedert – in einen west-, süd-, mittel-, nord-, ost- und südosteuropäischen. Im Zuge hegemonialer Herrschaftskonzepte gewannen auch gesamteuropäische Beziehungs- und Handlungsräume an Bedeutung; sie trugen zur Entstehung eines europäischen Staatensystems bei. Im Zuge der Expansion fand der Aktionsraum Europas im 16. und 17. Jahrhundert eine erhebliche Erweiterung; so vor allem auf dem amerikanischen Kontinent, aber auch in Afrika und Asien. Ihm stand die Bedrohung Süd- und Osteuropas seitens des Osmanischen Reiches und einzelner Tatarenkhanate gegenüber. Während der Europabegriff vor allem von geographischer Relevanz war, stand der Begriff der *Christianitas* (Christenheit, *chrétienté*, *christendom*) für die Gemeinsamkeit von Lebensformen und Werten. Die europäische Expansion führte zur zunehmenden Bedeutung globalgeschichtlicher Perspektiven und Kontexte; ohne ihre Einbeziehung lässt sich auch eine europäische Geschichte nicht mehr betrachten bzw. schreiben.

Geschichte Europas

Die „Frühe Neuzeit“, die Epoche der europäischen Geschichte von etwa 1500 bis zur Französischen Revolution, hat sich während der letzten Jahrzehnte im Rahmen der Geschichtswissenschaft(en) etabliert, gerade weil es gelang, diese Geschichte „Alteuropas“ als Einheit erscheinen zu lassen. Für das 16. und 17. Jahrhundert eignen sich die traditionellen Epochenbegriffe „Reformation“ und „Gegenreformation“ sowie „Dreißigjähriger Krieg“ noch immer, wenn dabei bedacht wird, dass damit komplexe Vorgänge in Gesellschaft und Staat erklärt werden können. Daneben hat das Paradigma der Konfessionalisierung seinen festen Platz, auch wenn es, viel diskutiert, die traditionellen Begriffe nicht völlig ablösen konnte.

Frühe Neuzeit

Die Methodendiskussionen in der Geschichtswissenschaft der 1970er und 1980er Jahre mögen rückblickend auch als Diskussion über einen Paradigmen-

Sozialgeschichte,
Kulturgeschichte,
politische Geschichte

wechsel von der politischen Geschichte zur Sozialgeschichte erscheinen. Inzwischen hat das kulturgeschichtliche Paradigma das sozialhistorische der 1970er und 1980er Jahre abgelöst. Seitdem findet Kulturgeschichte auch als gesamtgeschichtliche Sichtweise Verwendung. Die politische Geschichte hat ihren Platz im Rahmen der verschiedensten Aspekte und Zugänge behaupten können, auch wenn dieses Faktum nicht selten bestritten wird. Ferner konnte sich das Beziehungsfeld der Internationalen Beziehungen – nicht nur als Diplomatiegeschichte im engeren Sinn, sondern in einem weiteren Sinn als Geschichte der politischen Kommunikation verstanden, neu etablieren. Hingegen wurde die Auseinandersetzung mit marxistischen Geschichtsinterpretationen zurückgenommen; diese Interpretamente sind seitdem kaum mehr von Bedeutung.

1.2 EUROPA IM GLOBALHISTORISCHEN KONTEXT

Europäische
Expansion seit dem
15. Jahrhundert

Aufbauend auf den mittelalterlichen Erfahrungen der Conquista auf der Iberischen Halbinsel und unterstützt durch die italienischen Seerepubliken und ihre langjährigen Aktivitäten seit den Kreuzzügen im Orient, wurde Afrika im 15. Jahrhundert zum ersten Experimentierfeld der europäischen Expansion portugiesischer Prägung, von der sich viele, auch Christoph Kolumbus, beeindrucken ließen. Die Motive und Beweggründe der europäischen Expansion der iberischen Mächte sind vielschichtig: Wohl aus dem empfundenen Mangel heraus suchten sie den Handel mit Gewürzen und vielen, teils sprichwörtlichen Reichtümern, unter Umgehung der Zwischenhandelsposition der Muslime, unter Kontrolle zu bringen. Individuelles und staatliches Gewinn- und Expansionsstreben wirkten wechselseitig und motivierten zu militärischen und expeditiven Unternehmungen über große Distanzen hinweg, wobei auch die Missionsidee von Anfang an gegeben war.

Motive

Östlicher und
westlicher Seeweg

Von großer Bedeutung ist die Koinzidenz von zwei Richtungen der europäischen Expansion am Ende des 15. Jahrhunderts: die Auffindung des östlichen Seeweges nach Indien und Südostasien durch Vasco da Gama und der von Kolumbus und sehr bald auch von anderen Seefahrern eingeschlagene Westweg, der nach Asien führen sollte, tatsächlich aber die „Entdeckung“ Amerikas, der Neuen Welt, ermöglichte. Schon 1415 hatte Portugal in Nordafrika Ceuta, den Gibraltar gegenüberliegenden Endpunkt einer wichtigen transsaharischen Handelsroute, erobern können und geglaubt, sich den direkten Zugang zum afrikanischen Gold von Timbuktu aus der westafrikanischen Region zu sichern. Doch dauerte es noch Jahrzehnte, bis nach langwierigen Flottenunternehmungen an der Küste Westafrikas Sklaven und Gold direkt eingehandelt und regelmäßig nach Portugal gebracht werden konnten (Errichtung von São Jorge da Mina 1482–1481). Aus strategischen und machtpolitischen Gründen war es den Portugiesen anfänglich nur möglich, eine Reihe von Handelsstützpunkten, ein Faktoreisystem, zu etablieren. Das gilt für Afrika, Indien und Südostasien. In Amerika hingegen boten sich der spanischen Expansion weitreichendere Möglichkeiten. Hatte Kolumbus

noch an eine Kombination von Handelsstützpunkten und Siedlungsgebieten gedacht, so wurde der amerikanische Kontinent, von der Karibik ausgehend, für die spanische Monarchie das größte Siedlungs- und Missionsgebiet seit der Antike. Das haben schon viele Zeitgenossen so klar gesehen. Somit war Amerika einer europäischen Kolonisation und Christianisierung ausgesetzt. Darin liegt die weltgeschichtliche Bedeutung der „Entdeckung“ von Christoph Kolumbus.

In Mittel- und Südamerika nahmen Spanien und Portugal (letzteres in Brasilien) bis ins späte 16. Jahrhundert dominante Herrschaftspositionen ein, die gegenüber den Expansionsversuchen anderer europäischer Nationen wie Frankreich, die Niederlande und England resistent blieben. Damit war auch die Verfügbarkeit über die Reichtümer Amerikas zunächst allein für Spanien und Portugal gegeben. Die Zugriffe auf Edelmetalle und Nutzpflanzen, um nur die wichtigsten Bereiche zu nennen, stellten die entscheidenden Faktoren für die globale Vorteilsposition Europas dar. Dort, wo Europäer auf Schwächere trafen, wie in Afrika, Amerika und teilweise auch in Asien, fühlten sie sich den indigenen Bevölkerungen überlegen und spielten ihr Superioritätsgefühl konsequent aus. Diese Haltung führte in der Regel zu Kolonisation, wirtschaftlicher Ausbeutung sowie Missionierung und hatte eine Vielzahl neuer Untertanen zur Folge. Allerdings gelang dies nicht durchweg. So scheiterte in Afrika Ende des 15. Jahrhunderts das portugiesische Kongoprojekt, und in Indien und auf den Gewürzinseln Südostasiens kamen die Portugiesen über ein System von Handelsstützpunkten nicht hinaus. In Japan und China hatten Europäer bis zum 19. Jahrhundert kaum Chancen, sich auf Dauer festzusetzen. Im Atlantik hingegen gab es keine Konkurrenz für die „christliche Seefahrt“, vielmehr behinderten sich die west- und südeuropäischen Handelsnationen und Handelsflotten gegenseitig, wobei Portugal und Kastilien ihre Dominanz zunächst sichern konnten.

Aufreten der
Europäer

Der Aufbau des spanischen und portugiesischen Kolonialreiches musste für die übrigen seefahrenden Nationen und Staaten Westeuropas eine große Herausforderung darstellen, besonders weil sie sich zunächst ausgegrenzt fühlen mussten, seitdem sich die beiden iberischen Mächte gemeinsam mit dem Papst 1493 und 1494 (Bulle „Inter cetera“ Papst Alexanders VI. und Vertrag von Tordesillas zwischen Portugal, Kastilien und Aragón) auf eine exklusive „Teilung der Welt“ geeinigt hatten. Portugal baute von Indien aus, das Vasco da Gama 1498 erreicht hatte, ein Faktoreisystem, den *Estado da India*, in Asien auf, das bis Malakka (1511), den Molukken bzw. den Gewürzinseln und bis nach China (Macau) und Japan reichte. Die Voraussetzung für die Errichtung des Regierungssitzes eines portugiesischen Vizekönigs (Afonso de Albuquerque, 1510) war der erfolgreiche Kampf gegen die indischen und arabischen Flotten (zuletzt wurde 1509 bei der Diu-Insel eine ägyptisch-indische Flotte vernichtet); damit waren die wichtigen Konkurrenten Portugals im Gewürzhandel mit Südostasien beseitigt. Charakteristisch war ein portugiesisches System von befestigten Handelsstützpunkten an Küsten und auf vorgelagerten und entsprechend geschützten Inseln, das einen geregelten Handel mit den zahlreichen in Europa überaus geschätzten Gütern

erlaubte. Nur in Brasilien ging die portugiesische Krone zum Schutz der Handelsstützpunkte seit den 1530er Jahren zu Siedlungsprojekten über.

Eroberung des
amerikanischen
Festlandes

Ansonsten blieb diese Methode der europäischen Expansion zunächst Spanien vorbehalten. Seit Christoph Kolumbus stand die karibische Inselwelt im Zentrum dieser Bemühungen. Besonders grausam, verbunden mit hohen Verlusten der Indio-Bevölkerung, verlief die Conquista der großen und kleinen Antillen. Schon bald geriet auch Mexiko in den Blickpunkt der spanischen Conquistadoren, als Hernán Cortés 1519 von Kuba aus eigenmächtig zur Erkundung und Eroberung des Aztekenreiches in Mexiko (1519–1522) aufbrach. Dieses tributäre Großreich wies aufgrund innerer Gegensätze erhebliche Schwächen auf, die Cortés erkannte und nützte, um es mit großer Hilfe abtrünniger Tributvölker wie der Tlaxcalteken, die Cortés als Befreier begrüßten, zu erobern. An der Landenge von Panamá, die Vasco Núñez de Balboa schon 1513 durchquert und wo er das „Mar del Sur“, das später als Pazifik bezeichnete Meer, gesichtet hatte, erfuhren spanische Conquistadoren von der Existenz des Inkareiches. Die Brüder Pizarro konnten den Bruderzwist zwischen den Inkaherrschern Atahualpa und Huascar nützen, um dieses Reich zu erobern.

Auswirkungen
der Conquista
auf die Indigenen

Unbestritten sind die negativen Auswirkungen der Conquista auf die indigenen Bevölkerungen, vor allem was ihre Dezimierung anlangt, die nicht so sehr auf die Kampfhandlungen zurückzuführen sind als auf die durch die Europäer eingeschleppten Krankheiten wie Pocken, Pest, Typhus, Malaria, Gelbfieber, Grippe, Masern, Mumps und Diphtherie. Bereits 1493 schleppte Kolumbus auf seiner zweiten Reise eine Grippe ein, der mindestens die Hälfte der Ureinwohner Santo Domingos zum Opfer fiel. Die Bevölkerung der Karibikinsel Hispaniola war innerhalb von dreißig Jahren fast zur Gänze dezimiert – ein Faktum, das schon Las Casas beobachtete, dem aber nur wenig Glauben geschenkt wurde. Die Spanier, die „wie Wölfe, Tiger und Löwen“ unter die „sanften Schafe“ der Indigenen einfielen [2.7: LAS CASAS, zit. nach BITTERLI, *Alte Welt – neue Welt*, 93], verursachten die rasche Entvölkerung der Insel. Im Lauf des 16. Jahrhunderts wanderten etwa 240 000 bis 300 000 Spanier zu, von denen allerdings nicht alle in Amerika geblieben sind. Die indigene Bevölkerung Mittel- und Südamerikas ging, nach Regionen differenziert, bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts um 80 bis 98 Prozent zurück; dies gilt als sicher, auch wenn die Schätzungen zur „altamerikanischen“ Bevölkerung vor der Ankunft der Europäer höchst verschieden sind und sich in einer Bandbreite zwischen 7,5 Millionen und 100 Millionen bewegen. So nahm die Bevölkerung beispielsweise in Mexiko, um einen Mittelwert zu nehmen, von etwa 12 Millionen (1492) auf 3,72 Millionen (1570) ab. Diese demographische Katastrophe hatte ihre Ursache auch in den Arbeitsverhältnissen der indigenen Bevölkerung seit der Conquista.

Die selbstverständliche Besitzaneignung im Zuge der Landnahme seitens der Europäer war mit Zwangsarbeit, Zerstörung der indigenen Familienstruktur und Sklaverei verbunden. Schlechtere Ernährungsbedingungen als Folge der Rekrutierung von männlichen wie weiblichen Arbeitskräften und zusätzliche, bislang ungewohnte Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft und im Bergbau erhöh-

ten die Anfälligkeit für Epidemien. Hinzu kam die Versklavung von Indios vor allem in der Karibik und in Mittelamerika in der Größenordnung von 450 000 Menschen in den Jahren zwischen 1527 und 1536, also in zeitlicher Parallele zur afrikanischen Zwangseinwanderung von Sklaven nach Amerika mit etwa 51 000 Menschen in der Zeit von 1521 bis 1594. Das wirtschaftliche und soziale Problem Amerikas bestand auch unter Karl V. weiterhin darin, dass sowohl die Conquista als auch der *repartimiento* bzw. die *encomienda*, kurz gesagt, die Zuweisung indianischer Arbeitskräfte an spanische Siedler, die Indio-Gesellschaften Amerikas existentiell aufs Höchste bedrohten. Deshalb versuchte die Krone, nach den von den Theologen aufgestellten Prinzipien zu verfahren und gleichzeitig für die wirtschaftlichen Belange eine tragbare Lösung zu finden. „Praktisch bedeutete ‚encomienda‘ aber hemmungslose Ausbeutung der Indianer mit gewaltsamer Rekrutierung der Arbeitskräfte, Frauen- und Kinderarbeit unter Zerreißung der Familien, brutaler Terror bei Widersetzlichkeit oder auch nur Flucht, wobei häufig nicht einmal das Existenzminimum an Nahrung gewährt wurde“ [2.7: REINHARD, Expansion Bd. 2, 60]. Im Grunde war dieses Problem unlösbar, wie die Versuche der folgenden Jahrzehnte zeigen. Schon die „Leyes de Burgos“ vom 27. Dezember 1512 hatten versucht, wenigstens die ärgsten Missstände des *encomienda*-Systems zu beseitigen. Kardinal Cisneros schickte 1516 eine Delegation des Hieronymitenordens nach Hispaniola, um zu untersuchen, ob die Institution der *encomienda* beibehalten werden sollte. Die Hieronymiten sprachen sich zwar nicht für deren Beseitigung aus, plädierten aber immerhin für den verbesserten Schutz der Indios vor der Willkür der spanischen Kolonisten. Eine Möglichkeit, die Indios von harter körperlicher Arbeit zu befreien, sahen sie in der Einfuhr schwarzer Sklaven aus Guinea, vor allem zum Einsatz in den Bergwerken. Las Casas war also nicht unbedingt der erste, der ähnliche Vorschläge machte, diese aber, im Gegensatz zu vielen anderen, später bereuen sollte. Die Verfügung, dass die einer *encomienda* angehörenden Indios in eigenen Dörfern angesiedelt sein sollten, konnte die Misshandlung der Indios nicht verhindern. Deshalb verlangte die Krone 1523, die Indios nicht einfach mit Waffengewalt unter die spanische Herrschaft zu zwingen; die Vornahme von *repartimientos* und die Einrichtung von *encomiendas* wurden verboten. Doch Cortés hielt sich nicht daran. Erst seit 1526 wurde jedem Vertrag (*capitulación*) mit einem Conquistador die „Provisión de Granada“ beigelegt, in der die Rechte der Conquistadoren den Indios gegenüber eingeschränkt wurden und deren Versklavung unter Strafandrohung verboten wurde. Nur drei Kriegsgründe sollten künftig gelten: Behinderung der Mission, Verweigerung des Gehorsams gegenüber der Krone sowie Behinderung des Abbaus von Bodenschätzen. Von einer Abkehr vom Gedanken der Conquista und ihrer negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung konnte also nicht die Rede sein; erst in den „Leyes nuevas“ von 1542 versuchte Karl V. die Conquista zu beschränken und jede Art von Sklaverei zu unterbinden.

Aufgrund ihrer Exklusivrechte und Handelsmonopole (*mare clausum*) rechtefertigten Portugal und Spanien die Verfolgung jedes fremden Eindringlings, den sie als Rechtsbrecher betrachteten. Die ausgeschlossenen Nationen wiederum

mare clausum oder
mare liberum?

betrieben – meist inoffiziell, d.h. von ihren Regierungen nicht gedeckt und verantwortet – Beutezüge, wobei es vor allem um die amerikanisch-europäischen Handelsrouten, mit besonderem Augenmerk auf die spanischen Silberflotten etc., ging. Aufgrund dieser Erfahrungen entwickelten England, Frankreich und die Niederlande den Grundsatz der Freiheit der Meere, der später Hugo Grotius als Grundlage seiner neuen völkerrechtlichen Theorie des *mare liberum* dienen sollte. Diese drei Staaten traten schon im 16. Jahrhundert mit großen und konkurrenzfähigen Flottenverbänden an vielen Stellen gegen die alten See- und Kolonialmächte Spanien und Portugal auf. Damit entstanden den „ersten“ Kolonialmächten Portugal und Spanien zur See im Atlantik Konkurrenten. Die karibischen Inseln, Westindien genannt, entwickelten sich einerseits zum Refugium von Piraten, andererseits eröffneten sie England, Frankreich und den Niederlanden die Möglichkeit zur Landnahme einzelner Inseln. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts war es Spanien allerdings noch gelungen, französische Festsetzungen an der Nordküste Floridas – Fort La Caroline 1564 war noch dazu eine Hugentottengründung – innerhalb kurzer Zeit (1565) zu zerstören. Seit 1562 bis 1569 schaltete sich der Seefahrer John Hawkins aus Plymouth in den Sklavenhandel von Afrika (Sierra Leone) in die Karibik ein, zunächst inoffiziell, dann mit finanzieller Beteiligung von Königin Elisabeth I. und der Hohencharistokratie, was eine Provokation darstellte, weil dies in Spanien als Verletzung des Exklusivrechtes und somit als Schmuggel betrachtet wurde. Aber die Aktivitäten von Hawkins waren nicht erfolgreich; danach agierten englische Seefahrer (wieder) als Freibeuter. Unternehmungen dieser Art sind vor allem mit der Person von Francis Drake verbunden. Er erbeutete Silber an der kolumbianischen Küste (in Nombre de Dios und Panamá); nach der Umsegelung des Kap Hoorn plünderte er die pazifische Küste, gelangte bis Kalifornien und kehrte 1580 über Ostindien nach Europa zurück, wo er als erster englischer Weltumsegler gefeiert wurde. 1585/86 segelte Drake wieder in die Karibik und überfiel Santo Domingo und Cartagena. 1595 gelang ihm erneut die Einnahme von Panamá, von wo aus er die Eroberung von Peru plante, doch scheiterte Drake und starb. Insgesamt nahm die Zahl der nach Amerika gesegelten englischen Flotten bis 1600 jedoch zu.

Die Karibik Seit der dynastischen Union zwischen Portugal und Spanien (1580) hatte sich die „Angriffsfläche“ der beiden „ersten“ Kolonialreiche für dessen Gegner Frankreich, England und die Niederlande erweitert, vor allem waren die portugiesischen Gebiete mehr als zuvor gefährdet. Bis 1605 segelten etwa 100 große Schiffe pro Jahr in die Karibik, wo sie Schmuggelgüter absetzten und Salz an der venezolanischen Küste eintauschten, das man früher aus Portugal bezogen hatte. 1634 eroberten die Niederlande die vor Venezuela gelegene Insel Curaçao, ein Jahr später setzte sich Frankreich auf den Inseln Martinique und Guadeloupe fest; England hatte schon 1627 die Insel Barbados eingenommen. Der Anbau von Tabak und Zuckerrohr machten die Karibikinseln interessant und teilweise auch lukrativ; die als Arbeitskräfte benötigten Sklaven holte die Niederländische Westindische Handelskompanie aus Westafrika. Diese Entwicklung zeigt,

dass es am Rande des spanischen Kolonialreiches in Mittel- und Südamerika die Möglichkeit gab, sich auf einzelnen Antilleninseln, vor allem den kleineren, festzusetzen, was allerdings militärische Konflikte mit Spanien zur Folge hatte.

Ganz andere Entfaltungsmöglichkeiten zeigten sich für Frankreich, England und die Niederlande in Nordamerika, also in jenen Regionen und Gebieten, die zwar formaliter zur spanischen Zone gehörten, de facto sich jedoch der Kontrolle der spanischen Krone entzogen. Hier unternahm Frankreich seit den 1530er Jahren Siedlungsversuche, so war Jacques Cartier 1535 und 1541 bis 1543 bis zum heutigen Montreal und Quebec vorgedrungen, aber die Unternehmen waren nicht erfolgreich, und die erhoffte Durchfahrt (Nordwestpassage) nach Asien konnte von Neufundland aus nicht gefunden werden. Was diese Region um den Sankt-Lorenz-Strom hingegen zunehmend interessant machte, war der Austausch von Biberpelzen, die sich in Europa gut verkaufen ließen. Seit 1581 gingen von den Häfen der Normandie aus Pelzhandelsexpeditionen nach Nordamerika ab. 1604 nahm Samuel de Champlain die Idee von Cartier wieder auf und gründete 1608 Quebec als Handelskontor und Mittelpunkt der Nouvelle France, das allerdings von England immer wieder bedroht und zeitweise auch zerstört wurde, so 1628/29, obwohl es von der französischen Krone privilegiert und die Einrichtung von Handelsgesellschaften gefördert wurde. So ist es nicht überraschend, dass sich dieses französische Überseegebiet bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts nur wenig entwickeln konnte.

Nordamerika

Die englischen Bemühungen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, südlich der Chesapeake Bay, an der 1607 Jamestown gegründet werden sollte, Stützpunkte zu errichten und Siedlungsprojekte zu fördern, waren nicht erfolgreich. Dies gilt für die Initiativen Walter Raleighs am Roanoke Island (1584/85) und das zu Ehren von Königin Elisabeth I. genannte „Virginia“. Eine Änderung trat hier erst 1606 nach der Gründung der Virginia Company sowie von James Fort/Jamestown als Siedlungskolonie ein, auch wenn diese von Anfang an mit großen Problemen zu kämpfen hatte. Erst die Unterstützung durch Handelskompanien und die Ausweitung ihres Rechtsgebietes, verbunden mit der Aussicht auf neue Siedlungsprojekte (1612 erfolgte von hier aus die Besiedlung der Bermudas), sicherte Jamestown eine gedeihliche Entwicklung, die sich vor allem auf den Anbau von Tabak stützte. Weiter nördlich, mit Blick auf Neufundland, das Humphrey Gilbert 1583 für England in Besitz genommen hatte, kam es in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts zu einigen Gründungen: Plymouth (Pilgrim Fathers, 1620) und Boston (1630), in der Kolonie Massachusetts, um die beiden wichtigsten zu nennen. Die Kolonie Massachusetts entwickelte sich zunächst am besten; in sie wanderten zwischen 1629 und 1640 pro Jahr durchschnittlich über 1000 Menschen ein. Allerdings gab es für Neuengland bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts vor allem noch die Konkurrenz der Niederlande, denkt man nur an das 1624 gegründete Neu Amsterdam. Erst in den englisch-niederländischen Kriegen bereitete England diesem Stützpunkt ein Ende (1664), der nach seinem neuen Eigentümer, dem Herzog von York, dem Bruder König Karls II., seinen Namen „New York“ erhielt.

Englische Initiativen

Niederländische
Kaufleute in
Südostasien

„Es versteht sich von selbst, daß das niederländische Handelskapital auch am Gewürzgeschäft interessiert war. Doch ging man offenbar den damit verbundenen Risiken solange ganz gerne aus dem Weg, als man die Möglichkeit besaß, direkt oder indirekt an Portugals Profiten zu partizipieren. Aber als der Todfeind der Republik, Philipp II. von Spanien, 1580 auch König von Portugal wurde, schien diese Möglichkeit in Frage gestellt [...] durch Philipps Kontrakte mit internationalen Konsortien ohne Beteiligung der Niederländer. Das hätte für sie den Ausschluß vom Markt bedeutet. Daher der Versuch, direkte Verbindung mit den ostindischen Erzeugern aufzunehmen“ [2.7: REINHARD, Expansion Bd. 1, 111]. Zuvor hatten die Niederländer bei den Portugiesen spioniert, so Jan Huygen van Linschoten (1563–1611), der nach kaufmännischen Geschäften in Spanien (seit 1579) als Schreiber des Erzbischofs von Goa tätig war und im Zuge dessen Informationen über den *Estado da India* gesammelt und 1595/96 sogar publiziert hatte. Er war 1592 in die Niederlande zurückgekehrt. Nachdem sich die Alternativroute durch die Magellanstraße nicht bewährt hatte, finanzierten Amsterdamer Kaufleute eine Flotte für den konventionellen Weg durch die portugiesische Exklusivzone nach Ostindien (Java, Bantam, Malaya und Japan). Die Gewürzladung brachte großen Gewinn (1595–1600). Seit der Gründung und Privilegierung der Vereenigde Oost-Indische Compagnie (V.O.C.) 1602 intensivierte sich die kolonialpolitischen Bemühungen der Niederlande. Da es der Handelskompanie in Indien wegen des Widerstands von Portugal und England zunächst nicht gelang, Stützpunkte zu errichten, richtete sie ihr Interesse vor allem auf den Malaiischen Archipel, insbesondere auf die Gewürzinseln in engeren Sinn, wie Ternate, Tidore oder Amboina, und versuchte, mit den eingeborenen Machthabern Monopolverträge abzuschließen. Was bis 1609/11 noch fehlte, war eine zentrale Leitung der niederländischen Handelsgeschäfte in Asien. Als der Herrscher von Jakarta der Kompanie die Anlage einer Faktorei gestattete, die zunächst unbefestigt blieb, entstand Batavia, wo die Generalgouverneure ihren Sitz hatten und von wo aus sie den Gewürzhandel dirigierten. Einer der ambitioniertesten war Jan Pieterszoon Coen (1619–1623 und 1627–1629); er gründete 1619 Batavia neu und plante nach Ablauf des Waffenstillstandes mit Spanien 1621 die Eroberung von Malakka, Macau (dem portugiesischen Stützpunkt bei Hongkong) und Manila auf den spanischen Philippinen. Eine Einigung mit England 1619, in deren Folge die Niederlande England ein Drittel des Gewürzhandels überließen, schien dazu gute Voraussetzungen zu bieten. Doch lehnten die Teilhaber bzw. Aktionäre der Ostindischen Kompanie dieses offensive und kostspielige Programm ab und setzten weiterhin auf die Form des Handelskolonialismus. In den nächsten Jahren erwuchs mit England ein ernstzunehmender Konkurrent; die Folge war eine Reihe von Auseinandersetzungen, die ihren traurigen Höhepunkt im Massaker im Massaker von Amboina im Jahr 1623 fand, als Coen zehn Engländer, denen eine Verschwörung gegen die Niederlande vorgeworfen wurde, hinrichten ließ. Zukunftsweisender erwies sich Englands Position hingegen auf dem Indischen Subkontinent, allerdings erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Eine wichtige Voraussetzung dafür war der Besitz von Bombay/Mumbai, das die

Englands Position
in Indien

portugiesische Gattin Karls II., Katharina von Braganza, 1661 als Mitgift in die Ehe einbrachte. Diese ideal gelegene Hafenstadt lief dem ursprünglichen englischen Verwaltungsmittelpunkt Surat den Rang ab.

Konflikte unter den europäischen Staaten in außereuropäischen Gebieten, neben Asien und Afrika vor allem in Amerika, wurden zur Regel und spielten mit den Konflikten in Europa zusammen. Ob es sich um Gebiete handelte, die durch einen permanenten Kriegszustand geprägt waren, oder nur um die „Negativseite der europäischen Friedensordnung“ [2.7: REINHARD, Expansion Bd. 2, 311 Anm. 4]: Nach Jörg FISCH [2.7: 145] spricht alles dafür, „daß im 16. und 17., und selbst noch im 18. Jahrhundert, Feindseligkeiten in Friedenszeiten zwischen Europäern in Übersee häufiger waren als in Europa“. Seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts beförderte die machtpolitische Neuverteilung unter den europäischen Staaten auch eine machtpolitische Verschiebung ihres außereuropäischen Machtpotenzials und Einflusses. Spanien und Portugal mussten zur Kenntnis nehmen, dass ihre alten Exklusivrechte nicht mehr akzeptiert wurden. Insgesamt blieben jedoch „die Grundfragen, die schon im 16. Jahrhundert die Hypothek der Herrschaft des weißen Mannes bezeichneten: Eingeborene und Einwanderer, Ausbeutung und Erschließung, Europäisierung und autochthone Kultur“ [2.3: LUTZ, 61]. Diese kritische Bemerkung, insbesondere im Hinblick auf den „weißen Mann“ im Rahmen der Geschichte der europäischen Expansion, könnte der Ausgangspunkt sein für eine weitergehende Auseinandersetzung mit diesem überaus weitreichenden und tiefgreifenden Phänomen der europäischen und globalen Geschichte.

Europäische
Mächte und
außereuropäisches
Konfliktpotenzial

Kolonialpolitische
Entwicklung seit dem
17. Jahrhundert

1.3 STAAT UND STAATENSYSTEM, STEREOTYPEN UND PROPAGANDA

In engem Konnex mit den kirchlich-religiösen Entwicklungen entstand im 16. und 17. Jahrhundert der frühneuzeitliche Staat. Bereits seit dem 15. Jahrhundert konnte sich in weiten Teilen Europas die Monarchie eine starke Stellung sichern. Das gilt insbesondere für West- und Südeuropa. Fast überall in Europa standen dem Fürsten, der seine Legitimierung meist aus dynastischer Erblichkeit und kirchlicher Sanktionierung herleitete, die Stände als Vertreter des Landes, auch „Landschaft“ genannt, mit dem Anspruch auf Teilhabe an Regierungsgewalt und Verwaltung, Steuerbewilligung etc. gegenüber. Zugleich suchte der Fürst eine zentrale Verwaltung und eine das gesamte Land umfassende Behördenorganisation aufzubauen und sich aus der fiskalischen Abhängigkeit der Stände zu befreien. Auf dem militärischen Sektor versuchte es der Fürst mit dem Aufbau eines stehenden Heeres. In Europa gab es mindestens drei Formen von Ständeverfassungen: ein Dreikuriensystem mit Geistlichkeit, Adel, Städten, ein Vierkuriensystem, wo der höhere Adel – „Grafen und Herren“ – eine eigene Gruppe bildete, und das Zweihäusersystem des englischen Parlaments.

Fürst und Stände

Im Zuge seiner Bestrebungen, die Ehe mit Katharina von Aragón für nichtig erklären zu lassen, konnte König Heinrich VIII. das englische Parlament für

England

- Böhmen und Ungarn eine nationalkirchliche Konzeption und entsprechende verfassungsändernde Beschlüsse gewinnen. Das Parlament wandelte sich von einer Beschwerdeinstanz zu einem Regierungsinstrument, vor allem unter Thomas Cromwell, der die großen Staatsreformen, verbunden mit Staatskonsolidierung und nationaler Integration, beschließen ließ („siebenjähriges Reformparlament“, 1529–1536). Böhmen hatte sich unter den Jagiellonenherrschern zu einem starken Ständestaat entwickelt; Herren- und Ritterstand übten die praktische Macht aus, wobei die häufige Abwesenheit der Könige zu Hilfe kam. Erst Ferdinand I. sollte das Königtum wieder stärken und eine von den Ständen unabhängige Verwaltung aufbauen. In Ungarn hatte das „Tripartitum“ (1514) die Gewohnheitsrechte („Freiheiten“) des Adels festgeschrieben. In den nordischen Königreichen war die Kalmarer Unionskrise ein folgenreicher Konflikt zwischen dem von Dänemark getragenen Unionskönigtum und der Aristokratie, wobei der Reichsverweser in Schweden zum Sammelpunkt der ständischen Opposition wurde und die Etablierung eines „nationalen Königtums“ ermöglichte (1523). In Polen-Litauen hatte das dauernde Engagement der Jagiellonen in den Königreichen Böhmen und Ungarn eine Schwächung des Königtums zur Folge, das in zahlreichen Zugeständnissen an den Adel zum Ausdruck kommt.
- Skandinavische Länder In Frankreich und in den spanischen Königreichen war die Monarchie am weitesten entwickelt. Im französischen Königreich entstanden im 15. Jahrhundert aus der Versammlung königlicher Vasallen die Generalstände (États généraux). Sie setzten sich aus Klerus, Adel und dem Dritten Stand (*Tiers état*), in dem auch die Bauern vertreten waren, zusammen. Die Wahl in die Ständeversammlung war durch ein Wahlsystem geregelt, doch variierte die Zahl ihrer Abgeordneten von Versammlung zu Versammlung (1576: 326 Deputierte, 1614: 484). Das wichtigste Recht der Generalstände bestand in der Steuerbewilligung. Mit dem Erstarren der Monarchie, symbolisiert durch die Errichtung des Conseil du Roi, nahm die Zahl der Versammlungen ab: in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und im 16. Jahrhundert gab es nur sieben Versammlungen, 1614/15 nur mehr eine Einberufung. Auch auf der Ebene der Provinzen existierten Ständeversammlungen – Provinzialstände (États provinciaux) –, die in ihrem Aufbau den États généraux entsprachen. In den Provinzialständen konnte sich zwar, im Gegensatz zu den Generalständen, das Prinzip der Periodizität durchsetzen, sie verloren jedoch im Laufe des 16. Jahrhunderts stark an Bedeutung.
- Polen-Litauen Für die Burgundischen Niederlande, jene weitläufigen Herrschaftsgebiete der Herzöge von Burgund, war der Konflikt zwischen den Herzögen und den großen Handelsstädten – im Grunde bis zum Aufstand in Gent 1539 – typisch. Über die Schaffung zentraler Behörden für Justiz, innere und äußere Angelegenheiten sowie Finanzen versuchten die Herzöge, und seit 1530 die Statthalterin Maria von Ungarn, der Macht der Städte entgegenzuwirken. Die dynastische Union zwischen Kastilien und Aragón, zunächst repräsentiert durch die Katholischen Könige (Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragón, 1474–1516), hat in den spanischen Königreichen zur Stärkung der Monarchie geführt. Zur Schaffung gemeinsamer Institutionen kam es allerdings kaum; die neue Behörde der Inqui-
- Frankreich
- Burgundische Niederlande
- Spanien und Portugal

sition (seit 1478/80) blieb die Ausnahme. Stattdessen schritt die Zentralisierung der Behörden und Gerichte in Kastilien voran, man denke an den Consejo Real als Höchstgericht und oberste Behörde, den Consejo de la Cámara de Castilla für innere Angelegenheiten, den Consejo de la Hacienda für Finanzangelegenheiten und an den Consejo de Estado (seit 1524). In Kastilien war die Krone von den Ständen (*cortes*) unabhängiger, abgesehen von der Bewilligung außerordentlicher Steuern. In Aragón war die politische Bedeutung der *cortes* größer, schon allein wegen der Mehrzahl von Ständeversammlungen in den Königreichen Aragón und Valencia sowie in der Grafschaft Barcelona. Auch in Portugal ging das Königtum aus dem Konflikt mit dem Adel gestärkt hervor. Selbst die Mittel- und Kleinstaaten Italiens waren da und dort von diesen Tendenzen nicht frei. Bezeichnend ist die Entwicklung der republikanischen Staatsform zur Oligarchie bzw. zum Prinzipat der Medici in Florenz, deren Sturz, die Rückkehr zur Republik (1494) und die erneute Restitution der Medici (1530).

Italien

Wesentlich komplexer gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem Kaiser und den Fürsten als Reichsständen (Reichsebene) sowie zwischen den Fürsten und den Landständen (Landes-/Territorialebene) im Heiligen Römischen Reich. Auf der Reichsebene hatten die Kurfürsten eine herausragende Position inne. Sie gründete sich auf die „Goldene Bulle“ (1356), die den Kurfürsten eine herausgehobene verfassungsrechtliche und politische Position im Reich verbürgte. Dies galt für die Ausübung einstmals königlicher Regalien wie Berg- und Münzrechte ebenso wie für die Gerichtshoheit und die Unteilbarkeit der Kurfürstentümer. Dies war insofern von Bedeutung, als zur gleichen Zeit in vielen Fürstentümern Besitzteilung üblich wurde und damit neue Herrschaftslinien entstanden und mit ihnen wiederum Probleme gemeinsamer fürstlicher Politik und der Vormundschaft, die zur Schwächung territorialfürstlicher Positionen führen konnten.

Heiliges Römisches Reich

Der verfassungsmäßig garantierte Vorrang der Kurfürsten wurde bei jeder Königswahl manifest. Die Kurfürsten nützten diese Situationen, um neben Geldgeschenken Privilegien und Zöllen Reichspfandschaften bestätigt oder verliehen zu bekommen. Wie die zwischen den kandidierenden Persönlichkeiten und den Kurfürsten vorweg abgeschlossenen Wahlkapitulationen seit dem Jahre 1519 zeigen, verstanden sie sich als Repräsentanten des gesamten Reiches bzw. aller Reichsstände. Die „Goldene Bulle“ regelte die Wahl des Königs im Reich, das den Charakter eines Wahlreiches hatte. Danach übten die sieben Kurfürsten das Wahlrecht bei der Wahl des Römischen Königs aus, und zwar Mainz, Köln, Trier, Sachsen, Pfalz, Brandenburg und Böhmen, sie wählten den römischen König, der zur Erlangung des Kaisertitels der Krönung durch den Papst bedurfte (nach Karl V. durch ein päpstliches Schreiben – „erwählter Kaiser“ – ersetzt). Geregelt waren in der „Goldenen Bulle“ ferner der Wahlort (Frankfurt am Main – Abweichungen im Hinblick auf einen anderen Wahlort waren bei epidemischen Krankheiten durchaus gestattet), der Krönungsort (Aachen) und der Ort des ersten Reichstages (Nürnberg). Vorgesehen war auch der Romzug des Gewählten zum Zwecke der Krönung durch den Papst in Rom. Karl V., der

Königswahl und Krönungsrecht

letzte gekrönte Kaiser, wurde allerdings 1530 vom Papst in Bologna gekrönt, Ferdinand I. wurde 1558 in Frankfurt am Main nur proklamiert.

Kurfürstenrat Die Reichsstände hatten, mit Ausnahme der Reichsritterschaft, die sogenannte Reichsstandschaft inne im Sinne einer Teilnahme am Reichstag, dem Gesetzgebungs- und Beschlussorgan, das der Kaiser im Einvernehmen mit den Kurfürsten einberief. Ihre Zahl wurde in der Wormser Matrikel von 1521 erstmals genau festgestellt und festgeschrieben. Dem Kurfürstenrat gehörten drei geistliche Kurfürsten (Mainz als Erzkanzler, Köln als Erzkanzler durch Italien, Trier als Erzkanzler durch Gallien und das Königreich Arrelat) und vier weltliche Kurfürsten (Pfalz als Erztruchsess, Sachsen als Erzmarschall, Brandenburg als Erzkämmerer, Böhmen als Erzschenk) an; seit 1526 ruhte in der Regel die Ausübung der böhmischen Kur. Von den genannten, seit dem Mittelalter existierenden, meist bei der Römischen Königswahl aktivierten Ehren-(Erz-)ämtern war nur das des Mainzer Erzkanzleramtes von politischer Bedeutung.

Fürstenrat Der Fürstenrat bestand aus vier Erzbischöfen (Salzburg, Magdeburg, Besançon, Bremen), 46 Bischöfen (u. a. Bamberg, Würzburg, Augsburg, Regensburg, Passau, Speyer, Worms, Straßburg, Basel, Trient, Brixen, Münster, Osnabrück, Lüttich, Utrecht, Toul, Metz, Verdun, Naumburg, Meißen, Merseburg), 83 Prälaten (Äbte, Äbtissinnen, Ordensballeien), 24 weltlichen Fürsten (u. a. Bayern, Österreich, Württemberg, Baden, Hessen, Geldern, Jülich-Kleve, Holstein, Braunschweig, Mecklenburg, Pommern, Sachsen, Lothringen, Savoyen) und 145 Grafen und Herren (Wetterauische, Schwäbische, Fränkische und Westfälische Grafen). Den Vorsitz innerhalb des Fürstenrates führten alternierend Salzburg und Österreich. Virilstimmen, d.h. Einzelstimmen besaßen nur die geistlichen und weltlichen Fürsten; Grafen und Herren besaßen nur Kuriatstimmen, d.h. sie stimmten gemeinsam als sogenannte Grafenbank.

Städtebank Die Städtebank bzw. später der Städterat umfasste 85 Reichsstädte (u. a. Frankfurt am Main, Worms, Speyer, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Heilbronn, Esslingen, Memmingen, Konstanz, Ulm, Nördlingen). Den Vorsitz der Städtebank führte die Reichsstadt, in welcher der Reichstag stattfand. Die Reichsritterschaft war beim Reichstag nicht vertreten.

Administrative Modernisierung des Reiches In institutioneller Hinsicht hatte das Heilige Römische Reich seit den 1480er Jahren einen Modernisierungsschub zu verzeichnen. Damals entwickelte sich der Reichstag aus dem Hoftag als gesetzgebende Institution mit fester, definierter Teilnehmerzahl. Die zwischen König und Reichsständen diskutierte und verabschiedete Reichsreform (Wormser Reformreichstag 1495) brachte weitreichende Ergebnisse: u. a. das Ende des Fehderechts bzw. den Ewigen Landfrieden, die Errichtung des Reichskammergerichts als von Kaiser und Reichsständen beschicktes Höchstgericht sowie die Einteilung des Reiches in Kreise (anfänglich zehn, seit 1512 zwölf) zur Wahrung des Landfriedens und zur Koordination gemeinsamer Reichsaufgaben wie die Steuererhebung; dies zeigt sich besonders am Projekt des Reichsregiments, mit dem die Reichsstände das Ziel eines ständigen zentralen Regierungsgremiums verfolgten. Es kam zwar zustande, wurde aber nach zwei Jahren wieder aufgelöst, weil die Reichsstände sich zu wenig

darum kümmerten und seine Finanzierung nicht sicherten. Maximilian I. hatte seit der Neugestaltung des Reichskammergerichts ein permanentes (zweites) Höchstgericht installiert: den Reichshofrat; er setzte damit quasi die Tradition des kaiserlichen Hofgerichts fort. So existierten fortan zwei Höchstgerichte im Reich, eine Entwicklung, die sich im Zuge der Reformation und Konfessionalisierung des Reiches als Vorteil für katholische Reichsstände und Untertanen erwies, die beim Reichshofrat Recht zu bekommen versuchten. Im Übrigen entschied der Reichshofrat in der Regel rascher als das Reichskammergericht.

Die Landesherrschaft war „als ‚Kumulation von Herrschaftsrechten‘, aus der Kombination originär adliger Herrschaft, dem Erwerb oder der Usurpation königlicher Rechte und Regalien sowie der Unterwerfung anderer Herrschaftsträger entstanden. Bevor die Allodifikation, d.h. der Übergang zum Eigentum, einsetzte, mußte der König dieses Rechtekonglomerat als Gesamtherrschaft verleihen. Fürstliches Erbrecht überlagerte königliches Lehensrecht. Die relativ selbständigen reichsständischen Herrschaftskomplexe sind weniger ein Produkt des Zerfalls von Reich oder Königsherrschaft als eine Reaktion auf neue Anforderungen – vor allem die Friedenswahrung. Da Fehden und Selbsthilfe nie unterbunden werden konnten, wuchs den mächtigen Dynasten eine zentrale Aufgabe zu. Die langsame Durchsetzung des Gewaltmonopols bedeutete zugleich eine enorme Stärkung und Effektivierung fürstlicher Herrschaft, weil alle konkurrierenden Gewalten sukzessive untergeordnet oder ausgegrenzt wurden“ [2.8.1: SCHMIDT, 17f.]. Allerdings gelang es dem Landesherrn nie, souveräner Gesetzgeber zu werden, denn einerseits beriefen sich die Untertanen und Stände der Fürsten auf das tradierte Recht, andererseits musste der Fürst Bestimmungen der Reichsabschiede und kaiserlichen Dekrete, also Reichsrecht, umsetzen. Der Territorialstaatsbildung stand dort nichts im Wege, wo alle Herrschaftsrechte in der Hand des Fürsten zusammenfielen. Dies galt für das sogenannte fürstliche Kammergut und auch dort, wo der Landesherr über kirchliche Vogteirechte verfügte.

Landesherrschaft

Das dynastische Phänomen war ein konstitutives Element der Politik. Die Bedeutungssteigerung dynastischer Politik führte zu einer höheren Bewertung des dynastischen Prinzips überhaupt. Das Prekäre daran lag aber in der Unberechenbarkeit menschlicher, physischer und psychischer Faktoren (Fertilität, Sterilität und Mortalität). Im Rahmen der Internationalen Beziehungen Europas erfuhr das dynastisch-hereditäre Konfliktfeld eine besondere Akzentuierung. So dienten dynastische Ehen häufig der Vertiefung des gegenseitigen Einvernehmens von Fürstenhäusern und der politischen Konvergenz von Staaten; auf diese Weise wurden Menschen zum politischen Unterpfand. Dynastische Politik war aber auch mit neuen Kriegsrisiken, Kriegsvorwänden und -legitimationen, vor allem mit Erbfolgekriegen, verbunden. Erbansprüche dienten als Legitimation für offensive Gewaltanwendung, auch für die Verteidigung der angestammten Dynastie eines Landes waren sie höchst bedeutsam. Es ist problematisch, familien- und erbrechtliche Begründungen als „friedliche“ und politisch am ehesten berechnete Herrschaftsansprüche sehen zu wollen und die Legitimität des fürstlichen Erbrechts unkritisch zu akzeptieren.

Dynastische Politik

Diplomatie Sowohl der Umgang der Fürstenhöfe miteinander als auch die Praxis der zwischenstaatlichen Beziehungen erhielt durch die Anfänge der neuzeitlichen Diplomatie eine neue Form. Man kann die Umwandlung der zweckbestimmten, zeitlich limitierten Missionen in ständige Gesandtschaften als „die größte Mutation in der Geschichte der Diplomatie überhaupt“ verstehen [2.12: OCHOA BRUN]. Ständige, auf Gegenseitigkeit beruhende diplomatische Vertretungen hatten sich zuerst in Italien im 14. Jahrhundert entwickelt, denn der Friede von Lodi (1454) hatte hier zur ständigen Kontaktnahme und gegenseitigen Beobachtung der den Frieden garantierenden Mächte der Pentarchie geführt. Am weitesten entwickelt – unter Einbringung älterer Erfahrungen – war neben dem kurialen Nuntiatursystem das venezianische Gesandtenwesen, für das eine intensive Berichterstattung in Form der *dispacci* und *relazioni* typisch wurde. Besonders die für jeden, in der Regel nach zwei Jahren zurückkehrenden Diplomaten vorgeschriebene Finalrelation, ein stundenlanger Vortrag vor dem Dogen und dem Rat, der auch schriftlich abgefasst wurde, war Ausdruck der politischen Verantwortlichkeit eines republikanischen Systems. Neben dem an Wichtigkeit gewinnenden System der ständigen Gesandtschaften wurden ältere Formen der Diplomatie notwendigerweise beibehalten, und zwar in Form von Einzel- bzw. Sondergesandtschaften und Kollektivgesandtschaften mit zwei und mehreren Diplomaten. Das Erfordernis der größeren Repräsentation etwa beim Abschluss von Waffenstillständen oder Friedensverträgen hatte in der Regel einen größeren personellen und zeremoniellen Aufwand zur Folge.

Hegemonie Karls V. Der in der italienischen Staatenwelt des Quattrocento entwickelte Gedanke der *bilancia* (Gleichgewicht) als regulatives Prinzip des staatlichen Zusammenlebens setzte sich in der europäischen Staatenwelt erst im 17. Jahrhundert durch. Das 16. Jahrhundert hingegen war von Hegemoniebestrebungen bzw. hegemonialen Herrschaftskonzepten geprägt. Der beherrschende Konflikt dieser Zeit war der Hegemoniekampf zwischen dem französischen Königtum und Karl V., geprägt von Perspektiven weiträumigen politischen Handelns, gestützt auf neue Techniken und Möglichkeiten im Finanz-, Transport-, Kriegs- und Nachrichtenwesen. Dabei schien der französischen Monarchie seit dem Neapelfeldzug im Frieden von Noyon (1516) nochmals ein Interessenausgleich mit Habsburg zu gelingen, den Erasmus als Anbruch der *aurea aetas* des europäischen Friedens feierte. Doch spätestens seit der Wahl Karls V. zum Kaiser (1519) hatte das Haus Habsburg bessere Chancen auf die Durchsetzung einer Hegemonie in Europa, und seitdem waren König Franz I. und später Heinrich II. von Frankreich in die Rolle von Verteidigern der europäischen und reichsfürstlichen Freiheit gegen die habsburgische „Tyrannei“ gedrängt und ergriffen jede Möglichkeit zur Opposition gegen den Kaiser. Bis 1559 lief ein irreversibler Konflikt ab, an dessen Ende die spanische Vorherrschaft in Italien stand, was jedoch nicht bedeutete, dass der Versuch Karls V., eine *monarchia universalis* in Europa zu errichten, erfolgreich gewesen wäre, wie dies Gattinara 1519 proklamiert hatte (Karl V. sei zur Weltherrschaft und zum Friedensherrscher berufen) und dafür sogar einen christologischen Vergleich (Hirte – Herde) bemühte. Allerdings war es für

Karl V. schwierig, seine zahlreichen Herrschaftsgebiete zu vereinheitlichen – im Sinne einer imperialen Einheit –, und beispielsweise eine gemeinsame Münze, Zollordnung und Gesetzgebung einzuführen (ein Vorschlag von Großkanzler Gattinara); zu unterschiedlich waren die herkömmlichen Rechtsgewohnheiten und Regierungsformen. Stattdessen errichtete der Kaiser ein spanisches Sekretariat, das auch für Italien zuständig war, und ein burgundisches Sekretariat, dem die für das Heilige Römische Reich zuständige Reichskanzlei untergeordnet war.

Zweifellos hatten die europäischen Nationen im 16. Jahrhundert ihre Eigen- und Fremdbilder, die einerseits auf das Mittelalter zurückgingen, andererseits eng mit dem Humanismus verbunden waren. Letzteres gilt zweifellos für die „deutsche Nation“ (siehe Kapitel I.1.5.) Antifranzösische Stereotype wurden sowohl von den politischen Eliten im Heiligen Römischen Reich als auch in Spanien und Italien gebraucht, sie waren Ausdruck der politischen Gegensätze und Konkurrenz unter den Monarchien. Instruktive Beispiele sind Mercurino Gattinaras antifranzösische Urteile und Einschätzungen, die aus seinen Erfahrungen als verhandelnder Diplomat resultieren. Er warf den „Franzosen“, wie er zu sagen pflegte, „betrügerisches Verhalten“, „Täuschungsmanöver“, „heuchlerische Friedensbeteuerungen“ und „Machenschaften“ vor [1.1.4: KODEK, 125]. Ähnlich antifranzösisch agierte auch die spanische Elite, als Karl V. seine Herrschaft in den spanischen Königreichen antrat, wie das Beispiel von Manrique de Lara, zeigt, wenn dieser behauptet: „die Franzosen halten sich, mit Respekt gesagt, weder an Wahrheit noch an Freundschaft, am wenigsten gegenüber dem Prinzen, unseren Herrn, wegen der Eifersucht, daß er ein größerer und mächtiger Herrscher ist als ihr Herr“ [2.8.9: KOHLER, Karl V., 61].

Stereotype und
Propaganda

Antifranzösische
Stereotype

Von Interesse sind auch die in der Mitte des 16. Jahrhunderts in Sebastian Münsters kosmographischem Werk vorhandenen Stereotype zu Spanien und Frankreich. Sie scheinen repräsentativ für die zu dieser Zeit gebräuchlichen Vorstellungen der „Franzosen“, „Spanier“ und „Engländer“ zu sein. Dabei fällt der direkte Vergleich zwischen Spanien und Frankreich auf, wenn es u. a. heißt: „In kriegen sind die Spanier vil kluger vnd rhatschlegiger weder die Frantzosen/ vnd dargegen die Frantzosen stercker dan die Spanier. [...] Die Frantzosen empfahen di gest gar früntlich/ vnd bieten es jnen wol/ aber die Spanier seind onwürs gegen den frembdingen/ das auch die bilger gezwungen werden jre narung zusuchen von hauß zu hauß. [...] Die Spanier haben eine ruhe sprach/ aber der Frantzosen sprach ist früntlicher“ [1.1.1: MÜNSTER, 75]. Positiva und Negativa sind klar verteilt.

Sebastian Münster

1.4 WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Wirtschaft und Gesellschaft weisen vielfache Rückbezüge zum späten 15. Jahrhundert auf. So begann die für das „lange 16. Jahrhundert“ typische Bevölkerungszunahme schon wesentlich früher, nämlich seit etwa 1470. Sie war

Bevölkerungs-
wachstum und
Preisentwicklung